

Jürgen Klute

## Seelsorge in Spannung mit neoliberaler (Wirtschafts)Politik

**Vortrag auf der Konferenz der katholischen Seelsorge bei den Justizvollzugsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland "Neoknast – Justizvollzug und Seelsorge in einer sich radikal wandelnden Gesellschaft" — 4. bis 8. Oktober 2004 / Waldfishbach (Haus Maria Rosenberg) (5. Oktober 2004)**

Ihnen einige Einschätzungen zum Verhältnis von Seelsorge und neoliberaler (Wirtschafts)Politik darzulegen und zur Diskussion zu stellen, ist mein Anliegen bzw. meine Aufgabe hier und heute.

Der genaue Titel meines Vortrags heißt "Seelsorge in *Spannung* mit neoliberaler (Wirtschafts)Politik". Er unterstellt also ein *gespanntes* Verhältnis zwischen Seelsorge und gegenwärtiger Wirtschaftspolitik.

Was diese Spannungen ausmacht, will ich im folgenden darlegen und zur Diskussion stellen.

Zunächst aber gestatten Sie mir eine Anmerkung zum Begriff "Neoliberalismus". Dieser Begriff wird in der gegenwärtigen Diskussion um Globalisierung und im Streit um die richtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen im Kontext der Agenda 2010 gern und oft benutzt. Eine strenge wissenschaftliche Definition des Begriffs ist hingegen nur schwer zu finden – wenn überhaupt. Der Begriff *Neoliberalismus* bezeichnet eher eine Komposition bestimmter ökonomischer Grundüberzeugungen, die in den letzten Jahren mehr und mehr in die politische Gestaltung unserer Gesellschaft eingedrungen sind und die mittlerweile ihre Folgen zeitigen. Ich beziehe im folgenden den Begriff "Neoliberalismus" auf diese Grundüberzeugungen und auf die erkennbaren Wirkungen ihrer Durchsetzung im sozialen Leben unserer Gesellschaft.

Die so genannte neoliberale Wirtschaftspolitik versteht sich als Alternative und Ablösung einer Keynesianischen Wirtschaftspolitik, die bis in die 1970er Jahre hinein die Wirtschaftspolitik in der BRD prägte. Keynes hat den Fokus auf die Nachfrageseite gerichtet, also auf die Kundenseite. In der Stärkung der Kaufkraft der Kunden sah Keynes einen wesentlichen Motor der Wirtschaftsentwicklung. Etwas plakativ formuliert: Je mehr Geld - also Kaufkraft - möglichst breit gestreut in den Händen der Bevölkerung ist, um so mehr wird gekauft und um so mehr kann bzw. muss produziert werden. Die Löhne und Gehälter werden aus dieser Perspektive weniger als Kosten, denn als Kaufkraft wahrgenommen. Ebenso werden aus dieser Perspektive die staatlichen Ausgaben primär als Stärkung der Kaufkraft und nicht als Kostenfaktor verstanden. Dazu gehören neben den Ausgaben für öffentliche Verwaltungen und Transferleistungen die Ausgaben für Bildung, Kultur, öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie soziale Arbeit<sup>1</sup>.

In Abgrenzung zur keynesianischen Nachfragepolitik lässt sich neoliberale Wirtschaftspolitik am griffigsten beschreiben: Neoliberale Wirtschaftspolitik hat sich der Stärkung der Angebotsseite verschrieben, also der Wirtschaftsseite.

Dreh- und Angelpunkt neoliberaler Wirtschaftspolitik ist die *Kostenfrage*. Während die Grundmelodie

<sup>1</sup> Die hier genannten Tätigkeitsfelder repräsentieren in großem Umfang Dienstleistungen, die im Rahmen eines Konzeptes der "Zukunft der Arbeit" eine wesentliche Rolle spielen (vergl. Wolfgang Belitz, Jürgen Klute, Hans-Udo Schneider: Zukunft der Arbeit in einem neuen Gesellschaftsvertrag. 3. Aufl., Münster 2004). Das angesichts der Transformation der Industriegesellschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft gerade diese Dienstleistungen einer neoliberalen Kostenlogik geopfert werden bzw. durch die sog. 1-€-Jobs in einen Niedriglohnsektor transformiert werden, lässt sich nur als Antagonismus verstehen, nicht aber als Ausdruck einer sinnhaften und zukunftsfähigen Politik.

der Keynesianer lautet "die Stärkung der Kaufkraft fördert die Wirtschaft", heißt die Grundmelodie neoliberaler Wirtschaftspolitik "die Senkung der Kosten fördert die Wirtschaft".

Ich nehme an, diese Melodie ist ihnen aus ihrer alltäglichen Arbeit nicht unbekannt.

Im veröffentlichten Diskurs in den Medien ist diese Grundmelodie zu einer recht eingängigen volkstümlichen Komposition ausgebaut worden. Mit der Regelmäßigkeit, wie man sie sonst nur noch von kirchlichen Gottesdienstfeiern kennt, bringt Frau Christiansen diese Komposition in ihrer allsonntäglichen Talksendung für die Republik zum klingen.

Nicht ungeschickt knüpft diese Komposition am drängendsten gesellschaftlichen Problem an: An der Massenarbeitslosigkeit. Sie verspricht deren Lösung – vorausgesetzt man folgt ihren Vorgaben exakt.

Doch schauen wir uns zunächst die Komposition genauer an.

Ihr Titel heißt: "Weniger Kosten – weniger Belastung!"

Im ersten Satz dieser Komposition werden die Kosten aufgelistet: Löhne, die Lohnanteile zu den sozialen Sicherungssystemen, die vertraglichen und gesetzlichen Vereinbarungen zur sozialen und gesundheitlichen Absicherung von Beschäftigten in den Unternehmen, Vorschriften zum Umweltschutz, die steuerlichen Abgaben, mit denen sich Unternehmen (wie auch jeder Bürger und jede Bürgerin entsprechend ihrer ökonomischen Belastbarkeit) an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen (sollen).

Eine neoliberale Sichtweise vermag in diesen Abgaben, die ja auch Beiträge zur Finanzierung des Gemeinwesen darstellen, nur Kosten zu erkennen, die das Wirtschaftswachstum bremsen. — Nur am Rande sei hier angemerkt, dass die Managergehälter und die Kapitalrendite (Gewinne) in diesem Kontext nicht als Kosten betrachtet werden, obgleich sie das bei einer konsequenten Betrachtungsweise sind.

So lässt der zweite Satz unserer Komposition die politischen Forderungen erklingen: Radikale Absenkung der genannten Kosten. In konkrete politische Forderungen umgesetzt heißt das: Deregulierung – Aufhebung sozialer Schutzregelungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wie z.B. die Aufhebung des Kündigungsschutzes oder der Flächentarifverträge – Arbeitszeitverlängerung (ohne Lohnausgleich) – Entbürokratisierung – Rücknahme des Umweltschutzes – usw.

Der dritte Satz der Komposition verspricht Trost für die Zumutungen, die im zweiten Satz als Therapie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit entfaltet wurden. Die geforderte Kostensenkung, die geforderte Verringerung der Belastungen der Wirtschaft, werden die Gewinne der Unternehmen erhöhen, heißt es dann. Und wenn die Unternehmensgewinne steigen, dann werden auch die Investitionen steigen. Und wenn die Investitionen steigen, dann steigert sich natürlich auch das Wachstum. Und wenn das Wachstum steigt, dann steigt auch die Beschäftigung – es kommt also zum Abbau von Arbeitslosigkeit. Und zum guten Schluss führt dieser Prozess dann auch wieder zu höheren Steuereinnahmen des Staates. Und zu mehr Beiträgen in die öffentlichen sozialen Sicherungssysteme – soweit sie bis dahin noch nicht gänzlich privatisiert sind.

Seit bald einem viertel Jahrhundert stimmen Politiker und Politikerinnen, Ökonomen und die Mehrheit der Medien in diese Melodie ein. Allein der in Aussicht gestellte Erfolg auf dem Arbeitsmarkt lässt seit eben so langer Zeit auf sich warten. Als Grund für das Ausbleiben der prognostizierten Erfolge wird genannt, die politischen Forderungen seien nicht konsequent genug und nicht umfassend genug umgesetzt. Mit der Unbeirrbarkeit tibetanischer Gebetsmühlen wird ein Mehr der bisher arbeitsmarktpolitisch er-

folglosen Therapie eingefordert.

Dieses Argumentationsmuster erinnert an ein Verhaltensmuster, das Paul Watzlawick in seinem brillanten Büchlein "Anleitung zum Unglücklichsein" beschreibt. Er nennt dieses Verhaltensmuster "mehr desselben".

Watzlawick beschreibt dies Verhaltensmuster so:

Unter einer Straßenlaterne steht ein Betrunkener und sucht und sucht. Ein Polizist kommt daher, fragt ihn, was er verloren habe, und der Mann antwortet: »Meinen Schlüssel.« Nun suchen beide. Schließlich will der Polizist wissen, ob der Mann sicher ist, den Schlüssel gerade hier verloren zu haben, und jener antwortet: »Nein, nicht hier, sondern dort hinten – aber dort ist es viel zu finster.«

Finden Sie das absurd? – *fragt Watzlawick seine Leser und Leserinnen.* Wenn ja, suchen auch Sie am falschen Ort. Der Vorteil ist nämlich, daß eine solche Suche zu nichts führt, außer zu *mehr desselben*, nämlich nichts.

Hinter diesen beiden einfachen Worten, mehr desselben, verbirgt sich – *so erklärt Watzlawick weiter* – eines der erfolgreichsten und wirkungsvollsten Katastrophenrezepte, das sich auf unserem Planeten im Laufe der Jahrtausende herausgebildet und zum Aussterben ganzer Gattungen geführt hat. Es handelt sich dabei nämlich um ein Spiel mit der Vergangenheit, das unseren tierischen Vorfahren schon vor dem sechsten Schöpfungstag bekannt war.

[...] (Dieses Spiel beruht) auf dem sturen Festhalten an Anpassungen und Lösungen, die irgendwann einmal durchaus ausreichend, erfolgreich, oder vielleicht sogar die einzig möglichen gewesen waren. Das Problem mit jeder derartigen Anpassung an gegebene Umstände ist nur, daß letztere sich mit der Zeit ändern. Und hier setzt dieses Spiel an. Einerseits – *so Watzlawick* – ist es klar, daß sich kein Lebewesen der Umwelt gegenüber planlos – das heißt, heute so und morgen ganz anders – verhalten kann. Die lebenswichtige Notwendigkeit der Anpassung führt unweigerlich zur Ausbildung bestimmter Verhaltensmuster, deren Zweck idealerweise ein möglichst erfolgreiches und leidensfreies Überleben wäre. Aus Gründen, die den Verhaltensforschern noch recht schleierhaft sind, neigen aber andererseits Tiere wie Menschen dazu, diese jeweils bestmöglichen Anpassungen als die auf ewig einzig möglichen zu betrachten. Das führt zu einer zweifachen Blindheit: Erstens dafür, daß im Laufe der Zeit die betreffende Anpassung eben nicht mehr die bestmögliche ist, und zweitens dafür, daß es neben ihr schon immer eine ganze Reihe anderer Lösungen gegeben hat oder zumindest *nun* gibt. Diese doppelte Blindheit hat – *nach Watzlawick* – zwei Folgen: Erstens macht sie die Patentlösung immer erfolgloser und die Lage immer schwieriger, und zweitens führt der damit steigende Leidensdruck zur scheinbar einzig logischen Schlußfolgerung, nämlich der Überzeugung, noch nicht genug zur Lösung getan zu haben. Man wendet also mehr derselben »Lösung« an und erreicht damit genau mehr desselben Elends.

[...] *Watzlawick beendet diese Anleitung zum Unglücklichsein mit einer eindringlichen Mahnung: Dieser Effekt ist garantiert, solange der Unglücksaspirant sich an zwei einfache Regeln hält: Erstens, es gibt nur eine mögliche, erlaubte, vernünftige, sinnvolle, logische Lösung des Problems, und wenn diese Anstrengungen noch nicht zum Erfolg geführt haben, so beweist das nur, daß er sich noch nicht genügend angestrengt hat. Zweitens, die Annahme, daß es nur diese einzige Lösung gibt, darf selbst nie in Frage gestellt werden; herumprobieren darf man nur an der Anwendung dieser Grundannahme.*<sup>2</sup>

Soweit Paul Watzlawick. Die Analogien sind m.E. offensichtlich: Gleich dem Betrunkenen in Watzla-

<sup>2</sup> Paul Watzlawick: Anleitung zum Unglücklich sein. 21. Aufl., München 1983, S. 27 ff.

wicks Beispiel empfiehlt die neoliberal geprägte Wirtschaftspolitik seit rund einem viertel Jahrhundert die immer gleiche Therapie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit: Kostensenkung und Deregulierung. Und Schritt für Schritt sind die politischen Entscheidungsträger den Therapieempfehlungen gefolgt – ohne dass sich jedoch der erhoffte Erfolg eingestellt hätte<sup>3</sup>. Und ebenso unbeirrt fordert die Wirtschaftslobby im Einvernehmen mit der großen Mehrzahl der Ökonomen und vieler Politiker, auch noch nach 25 Jahren ein *mehr desselben*: Deregulierung und Kostensenkung. Andere Erklärungsansätze und entsprechende Lösungsansätze, die ja existieren, sind nicht akzeptiert.

Schaut man in die Medien, dann drängt sich der Eindruck auf, dass die Mehrzahl der Journalisten und Politiker genau diesem Verhaltensmuster folgen: *mehr desselben*. Für einen Teil des genannten Personenkreises scheint mir das tatsächlich zuzutreffen – in nicht gerade wenigen Gesprächen mit Politikern wird dieser Eindruck eher verstärkt als relativiert.

Aber diese Interpretation kann nur zu einem Teil erklären, weshalb auch nach einem viertel Jahrhundert erfolglosen Bemühens, den Ausweg aus der Arbeitslosigkeit zu finden, an einer neoliberal geprägten Wirtschaftspolitik festgehalten wird.

Um dieses Phänomen umfassender zu verstehen, ist es erforderlich, noch einmal nach den Zielen neoliberal geprägter Wirtschaftspolitik zu fragen. Ist das vorgegebene Ziel – die Überwindung der Arbeitslosigkeit – wirklich so vorrangig, wie vor Publikum behauptet? Oder gibt es hinter dem öffentlich genannten noch ein so genanntes heimliches, ganz anderes Ziel?

Schaut man z.B. in das Spätwerk eines der exponiertesten Theoretiker neoliberal geprägter Wirtschaftswissenschaften, nämlich in "Die Verfassung der Freiheit"<sup>4</sup> von Friedrich August von Hayek, dann bekommt man sehr schnell eine Antwort auf diese Frage. Hayek setzt sich mit ganz anderen Fragen auseinander. Ein wesentlicher Aspekt seines Buches ist der Fortschritt und Freiheit als dessen Voraussetzungen. Im Fortschritt<sup>5</sup> sieht von Hayek den Sinn menschlichen Lebens. (Wirtschafts)Politik hat nach sei-

<sup>3</sup> Die beklagte Erfolglosigkeit beinhaltet noch einen willkommenen Nebeneffekt. Sie dient neoliberalen Lobbyisten als Beleg für die äußerst begrenzte Wirksamkeit politischen Handelns, der gerne als prozessuales Argument gegen Gesetzesvorhaben vorgetragen wird, die nicht im Interesse der genannten Lobbyisten liegen.

<sup>4</sup> Friedrich August von Hayek: Die Verfassung der Freiheit. 3. Aufl. Tübingen 1991.

<sup>5</sup> "In gewissen Sinne ist Zivilisation Fortschritt und Fortschritt Zivilisation. Die Erhaltung der Zivilisation, die wir kennen, hängt vom Wirken von Kräften ab, die unter günstigen Umständen Fortschritt hervorbringen. Es ist schon richtig, daß die Entwicklung nicht immer zum Besten führt, aber ohne die Kräfte, die sie hervorbringen, könnte die Zivilisation und alles, was wir schätzen – tatsächliche fast alles, was den Menschen vom Tier unterscheidet –, nicht bestehen oder sich zumindest nicht lange halten.

Die Geschichte der Zivilisation ist der Bericht über einen Fortschritt, der in dem kurzen Zeitraum von weniger als achttausend Jahren fast alles geschaffen hat, was wir als wesentlich für das menschliche Leben ansehen. [...]

2. Wenn wir im Zusammenhang mit unseren persönlichen Bemühungen oder organisierter Tätigkeit von Fortschritt sprechen, meinen wir eine Annäherung an ein bekanntes Ziel. Die gesellschaftliche Entwicklung kann nicht in diesem Sinn Fortschritt genannt werden, denn sie wird nicht erreicht, indem die menschliche Vernunft mit bekannten Mitteln ein festes Ziel anstrebt. Es wäre richtiger, sich den Fortschritt als einen Prozeß der Bildung und Modifikation des menschlichen Intellekts vorzustellen, als einen Prozeß der Anpassung und des Lernens, in dessen Verlauf sich nicht nur die uns bekannten Möglichkeiten, sondern auch unsere Wertsetzungen und Wünsche ständig ändern." Hayek, a.a.O., S. 50 f.

nem Verständnis Fortschritt zu ermöglichen und zu fördern<sup>6</sup>. Das ist das Hauptziel bzw. die Hauptaufgabe von (Wirtschafts)Politik. Die Auseinandersetzung mit Arbeitslosigkeit und die Frage nach sozialer Gerechtigkeit stehen keineswegs im Zentrum des Neoliberalismus.

Der Motor des Fortschritts ist für Hayek die soziale Spannung zwischen Arm und Reich: "Das meiste, wonach wir streben," – so führt Hayek dazu in dem genannten Werk aus – "sind Dinge, die wir wollen, weil andere sie schon haben. Doch während sich eine fortschreitende Gesellschaft auf diesen Prozess des Lernens und des Nachahmens stützt, behandelt sie die Wünsche, die sie weckt, nur als Ansporn zu weiteren Bemühungen. Sie sichert die Ergebnisse nicht jedem zu. Sie kümmert sich nicht um die Pein unerfüllter Wünsche, die durch das Beispiel anderer geweckt werden. Sie erscheint grausam, weil sie in demselben Maß wie ihre Gaben an einige die Wünsche aller vermehrt. Aber so lange sie [die Gesellschaft; Anm. d. A.] sich im Fortschritt befindet, müssen einige führen und die Übrigen nachfolgen."<sup>7</sup> Zur Rolle der Reichen in diesem Prozess schreibt Hayek an anderer Stelle: "Ein großer Teil der Ausgaben der Reichen dient, obwohl das nicht der beabsichtigte Zweck ist, zur Deckung der Kosten des Experimentierens mit neuen Dingen, die in der Folge den Ärmern zugänglich gemacht werden können."<sup>8</sup>

Im Klartext heißt das: Eine Gesellschaft braucht Arme, die ein besseres Leben ersehnen. Und eine Gesellschaft braucht Reiche, die einen entsprechenden Lebensstil vorleben und gleichzeitig damit in den Armen das Begehren wecken, einen ebensolchen Lebensstil leben zu wollen. Dieses Begehren – so lautet die zugrunde liegende Annahme – aktiviert die Bereitschaft in den Armen, mehr zu arbeiten, produktiver zu werden, in der Hoffnung, sich so den Lebensstil der Reichen, sich so ein besseres Leben ermöglichen zu können. Je größer das Maß an Ungleichheit ist, um so mehr Produktivkräfte werden in einer Gesellschaft geweckt – so die These von F. A. von Hayek<sup>9</sup>. Und umgekehrt: Je geringer das Maß an sozialer Ungleichheit ist, um so unproduktiver ist eine Gesellschaft. Das ist F. A. von Hayeks explizite Kritik an sozialer Marktwirtschaft und allen anderen Gesellschaftskonzepten, die auf ein möglichst hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit – und das heißt immer auch: Verteilungsgerechtigkeit – zielen<sup>10</sup>.

Unterstellt man – ausgehend von dieser These – eine Vergrößerung gesellschaftlicher Ungleichheit im Dienste eines bestimmten Fortschrittskonzeptes als das eigentliche Ziel neoliberaler Politik, und schaut auf unsere gesellschaftlichen Verhältnisse, dann muss man zugestehen, dass die Frage nach dem Erfolg dieser Politik anders zu beantworten ist:

Ein tiefer Spalt geht durch unsere Gesellschaft. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich auf hohem Niveau verstetigt. Die Armut innerhalb unserer Gesellschaft hat signifikant zugenommen, wie die unterschiedlichen Armuts-, Reichtums- und Sozialberichte regelmäßig belegen. Und auf der anderen Seite hat der

<sup>6</sup> Albert Schweitzer hat in seinem 1914 bis 1917 ausgearbeiteten und 1923 erschienen Buch "Kultur und Ethik" eine sehr viel skeptischere Sichtweise von "Fortschritt" entwickelt als sie von Hayek eigen ist. Schweitzer unterscheidet zwischen technisch-materiellem und ethischem Fortschritt. Technisch-materieller Fortschritt ist für ihn zweideutig: Er kann, wie der erste Weltkrieg in schrecklicher Weise vor Augen geführt hat, zur menschenvernichtenden Un-Kultur umkippen. Eindeutig wird Fortschritt erst durch ethischen Fortschritt:

"Ganz allgemein gesagt ist Kultur Fortschritt, materieller und geistiger Fortschritt der Einzelnen wie der Kollektivitäten. Worin besteht er? Zunächst darin, daß für die Einzelnen wie für die Kollektivitäten der Kampf ums Dasein herabgesetzt wird. Die Schaffung möglichst gedeihlicher Lebensverhältnisse ist eine Forderung, die an sich und im Hinblick auf die geistige und sittliche Vollendung des Einzelnen, die das letzte Ziel der Kultur ist, aufgestellt werden muß. [...]

Der ethische Fortschritt ist also das Wesentliche und das Eindeutige, der materielle das weniger Wesentliche und das Zweifelhafte in der Kulturentwicklung." Albert Schweitzer: Kultur und Ethik. München 1972, S. 35 f.

<sup>7</sup> Hayek, a.a.O., S. 56.

<sup>8</sup> Hayek, a.a.O., S. 55.

<sup>9</sup> Bemerkenswert ist die Akzentverschiebung, die Hayek gegenüber Adam Smith, einem der Väter der modernen Wirtschaftswissenschaften, vornimmt. Für Adam Smith war die *Arbeitsteilung* der Schlüssel zur Produktivitätssteigerung, für von Hayek ist es die *Mobilisierung menschlicher Begehrlichkeiten*.

<sup>10</sup> Hayek, a.a.O., S. 56 f.

Reichtum ebenso signifikant zugenommen, wie die Untersuchungen von Ulrich Huster<sup>11</sup> von der Evangelischen Fachhochschule Bochum belegen.

Am eindrücklichsten lässt sich diese Entwicklung an zwei Zahlen belegen: An den Ausgaben für Sozialhilfe und am Geldvermögen der privaten Haushalte. So betragen im Jahre 1970 die Ausgaben für Sozialhilfe 3,3 Milliarden DM. Im Jahr 1998 haben sich diese Ausgaben knapp um das vierzehnfache auf 45 Milliarden DM gesteigert. Im gleichen Zeitraum hat sich das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland um etwas mehr als das elffache vermehrt, nämlich von 494 Milliarden DM im Jahre 1970 auf 5.683 Milliarden DM im Jahre 1998<sup>12</sup>.

Schauen wir auf diese divergierenden Entwicklungen innerhalb unserer Gesellschaft, dann lässt sich die Wirkung neoliberal geprägter (Wirtschafts)Politik am schlüssigsten mit dem Begriff "Exklusion" auf den Punkt bringen: Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus dem "normalen" gesellschaftlichen Leben, aus gesellschaftlicher Teilhabe. Nach F. A. von Hayek ist das insofern eine erwünschte Wirkung, als er in einem Mindestmaß an gesellschaftlicher Ungleichheit die Antriebskraft technischen Fortschritts zu erkennen vermeint<sup>13</sup>. In diesem Sinne ist die neoliberale (Wirtschafts)Politik der letzten Jahrzehnte sehr wohl erfolgreich gewesen.

Die Freiheit der Wissenschaft erlaubt jedem Wissenschaftler, solche Denkmodelle zu entwickeln. Die staatlichen Organe sind bisher jedoch auf das Sozialstaatsgebot, wie es im Grundgesetz verankert ist, verpflichtet. Staatstheoretisch steht dahinter, dass staatliche Organe und politische Gremien Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger tragen – und nicht nur die Interessen eines privilegierten Teils zu bedienen haben, wie es bis 1918 in Deutschland der Fall war und wie es heute noch in etlichen Ländern der Welt der Fall ist. Damit ist nicht im geringsten eine Gängelung oder Bevormundung der Bürger und Bürgerinnen durch den Staat gemeint, sondern die Anerkennung des wirtschaftlichen Existenzrechts der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Gleichwohl durchdringt das neoliberale Gesellschaftskonzept mittlerweile auch staatliche Organe und

---

<sup>11</sup> Ernst-Ulrich Huster (Hg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Frankfurt / New York 1997.

<sup>12</sup> Quelle: Grafik "Licht und Schatten". In: Wolfgang Belitz, Ursula Rickenbrauck, Erich Schriever: Spurensuche Reichtum. Beiträge und Arbeitsmaterialien zur Situation in Deutschland. Witten 2000, S. 18.

<sup>13</sup> "Es gibt kein anwendbares Maß für den Grad der Ungleichheit, die hier wünschenswert ist. Wir wünschen natürlich nicht, daß die Position Einzelner durch willkürliche Entscheidung bestimmt wird oder daß bestimmten Personen ein Privileg gegen wird. Es ist jedoch schwer einzusehen, in welchem Sinn es je berechtigt sein könnte, zu sagen, daß irgend jemand den anderen zu weit voraus ist oder daß es für die Gesellschaft nachteilig ist, wenn der Fortschritt einiger den anderer stark überholt. (...) Die Einwände beruhen auf der falschen Vorstellung, daß die Führenden etwas für sich in Anspruch nehmen, was sonst den Übrigen zur Verfügung stünde. Das wäre der Fall, wenn wir an eine einmalige Verteilung der Früchte vergangenen Fortschritts dächten und nicht an jenen kontinuierlichen Fortschritt, den unsere ungleiche Gesellschaft begünstigt." Hayek, a.a.O., S. 57.

Entscheidungsgremien. Immer intensiver wird die Diskussion um die Eigenverantwortlichkeit<sup>14</sup> von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern geführt, ohne Rückfrage danach, unter welchen Bedingungen ein wie hohes Maß an Eigenverantwortung realistisch von wem übernommen werden kann, ohne dass ein gesellschaftlicher Ausgrenzungsprozess in Gang gesetzt wird. Das aktuellste Beispiel sind die gesetzlichen Neuregelungen des Arbeitsmarktes – besser bekannt unter dem Namen "Hartz-Gesetze". Sie sprechen von Fördern und Fordern – meinen aber damit nichts anderes als eine Limitierung der im Sozialstaatsgebot gründenden staatlichen Verantwortlichkeit für bestimmte Bevölkerungsgruppen, im konkreten Fall für die Arbeitslosen. Die Erfüllung des Sozialstaatsgebots wird mehr und mehr von dem von staatlicher Seite definierten Wohlverhalten der Zielgruppe abhängig gemacht – obgleich offensichtlich ist, dass deren Bedürftigkeit – wie im Falle der Arbeitslosen – eine strukturelle gesellschaftliche Ursache namens Strukturwandel hat<sup>15</sup>. Dieses als *aktivierender Sozialstaat* bezeichnete "moderne" Verständnis von Sozialstaat übergeht ganz offensichtlich Begründungen, wie die, dass die so genannten großen Lebensrisiken, zu denen auch die Arbeitslosigkeit zählt, im wesentlichen eine Folge der hohen gesellschaftlichen Arbeitsteilung in den modernen Gesellschaften sind und daher auch gesellschaftlich abzusichern sind<sup>16</sup>.

In seiner Rede "Durch innovative Politik zu gerechter Teilhabe" auf dem »Forum Grundwerte: Gerechtigkeit« der SPD in Berlin am 26. April 2000 vertrat Wolfgang Clement die These: "Verordnete Gleichheit – das lehrt die Geschichte – ist der Tod von Gerechtigkeit und Freiheit. Moderne soziale Marktwirtschaften hingegen können die Chancen auf Gleichheit erhöhen, ohne jedoch Gleichheit im Ergebnis zu sichern oder zu versprechen." Ein paar Jahrzehnte zurück wurde unter Chancengleichheit von Politikern der gleichen Partei, der Wolfgang Clement angehört, verstanden, dass der Staat durch geeignete Interventionen mittels seiner Organe dafür Sorge zu tragen hat, dass ungleiche Startchancen aufgrund sozialer Herkunft soweit nivelliert werden, dass jedes Mitglied der Gesellschaft eine reale Chance hat, seine persönlichen Fähigkeiten optimal zu entwickeln und prinzipiell jedem und jeder der Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen offensteht. Chancengleichheit, die nicht auf ihr Ergebnis blickt, bleibt eine wirkungslose Worthülse, weil sie die existierenden sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft ignoriert, und somit nicht zu deren Überwindung führen kann, sondern zu deren Verfestigung und damit zur Verfestigung sozialer Ungerechtigkeit beiträgt<sup>17</sup>. Es ist offensichtlich, dass Wolfgang Clement mit seinem vermeintlich modernen Verständnis von Chancengleichheit, wie es in seiner oben zitierten These

<sup>14</sup> Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich in ihrer 1973 herausgegebenen Denkschrift „Die soziale Sicherung im Industriezeitalter“ (in: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Soziale Ordnung, Bd. 2/1, Gütersloh 1986, 2. Aufl., S. 115 – 159) sehr grundsätzlich mit dem aus der katholischen Soziallehre kommenden Subsidiaritätsprinzip auseinandergesetzt sowie mit den Bedingungen, unter denen Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern übernommen werden kann. Die Schrift unterscheidet zwischen großen und kleinen Lebensrisiken. Die wirtschaftliche Absicherung der großen Lebensrisiken – Unfall, Krankheit, Erwerbslosigkeit, Tod des Ernährers, Altersversorgung, zusätzliche Kosten für eine längere Ausbildung von Kindern – hat aus Sicht der EKD-Schrift im Rahmen gesellschaftlicher Verantwortung zu erfolgen, da diese Risiken „durch die Gliederung der Gesellschaft in einem arbeitsteiligen Gesamtprozess selbst entstehen“ (a.a.O., S. 125). Das Subsidiaritätsprinzip, d.h., die Übernahme von Verantwortung auf individueller, familiärer und zivilgesellschaftlicher Ebene – im Sinne „unmittelbarer Zuwendung des Menschen zu seinem Mitmenschen“ (a.a.O., S. 125) – kann nur aufbauend auf der gesellschaftlich organisierten wirtschaftlichen Absicherung der großen Lebensrisiken greifen und gelingen, so die Argumentation der EKD-Schrift. Angesichts der gegenwärtigen Neubestimmung von Verantwortlichkeiten im Rahmen des so genannten aktivierenden Sozialstaats erscheint es sinnvoll, an die Unterscheidung großer und kleiner Lebensrisiken zu erinnern sowie an die Begründung für eine gesellschaftliche, dh. solidaritätsgemeinschaftliche Absicherung der großen Lebensrisiken, die keineswegs obsolet geworden ist. Hier wird Subsidiarität nicht als Strategie zur Individualisierung ökonomischer Risiken verstanden, sondern als zivilgesellschaftliches Beteiligungsrecht.

<sup>15</sup> Im September 2004 standen laut statistischem Bundesamt 4,256 Millionen registrierten Arbeitssuchenden 275.500 offene Stellen gegenüber. Quelle: Internetseite des Statistischen Bundesamtes – [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

<sup>16</sup> Vergl. Anm. 14.

<sup>17</sup> Vergl. dazu: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Hannover / Bonn, 1997. Insbesondere den Abschnitt 3.3.3 Gerechtigkeit (RN 108 - 114). In RN 111 heißt es ausdrücklich: "Angesichts real unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, bestehende Diskriminierungen aufgrund von Ungleichheiten abzubauen und allen Gliedern der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen."

anklingt, auf einen Abschied von einem klassischen Verständnis von Chancengleichheit drängt, das auf soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Integration zielt.

Frau Göring-Eckart von den Grünen/Bündnis 90 bewegt sich in großer ideologischer Nähe zu Wolfgang Clement und bekennt ganz offen, dass soziale Gerechtigkeit und Gleichheit für sie zwei unterschiedliche Paar Schuhe sind: "Es geht nicht mehr wie in den letzten Jahren, dass der Staat versucht Gleichheit herzustellen. Er muss Gerechtigkeit ermöglichen."<sup>18</sup> Aus sozialem ethischer Sicht ist Frau Göring-Eckarts Behauptung ein Antagonismus: Ungleichheit ist Ausdruck von Ungerechtigkeit<sup>19</sup>. Wer Gleichheit zur Disposition stellt, der stellt zugleich auch soziale Gerechtigkeit zur Disposition und dem zerfließt soziale Gerechtigkeit als konkretes und substantielles politisches Ziel zu einem bloß noch abstrakten anämischen Appel, Gerechtigkeit zu ermöglichen. – Wem soll sie eigentlich ermöglicht werden?

Diese Beispiele zeigen, wie sehr sich mittlerweile die staatliche Seite Schritt für Schritt von dem Ziel gesellschaftlicher Integration verabschiedet hat zugunsten einer prinzipiellen Akzeptanz der Exklusion einer zunehmend größeren gesellschaftlichen Gruppe.

Das ein Gesellschaftskonzept, wie Hayek es propagiert, auch Opfer unter den Menschen erzeugt, ist ihm bewusst gewesen. Das klingt an in dem obigen Zitat, wenn Hayek sagt: "Sie [die Gesellschaft; Anm. d. A.] kümmert sich nicht um die Pein unerfüllter Wünsche, die durch das Beispiel anderer geweckt werden. Sie erscheint grausam, weil sie in demselben Maß wie ihre Gaben an einige die Wünsche aller vermehrt." Und etwas später heißt es noch direkter: "Die Änderungen, in die sich solche Menschen fügen müssen, gehören zu den Kosten des Fortschritts (...)." <sup>20</sup> Mit anderen Worten: Für von Hayek sind diese Opfer unvermeidlich, sie sind dem Fortschritt geschuldet. Sie vermeiden zu wollen, hieße, sich gegen den Fortschritt zu stellen.

In welchem Verhältnis steht nun ein solches Gesellschaftskonzept, das die Exklusion bestimmter Bevölkerungsteile bewusst kalkuliert und entsprechend Opfer als dem Fortschritt geschuldet darstellt, zur Seelsorge?

Grundlage seelsorgerlichen Handelns ist ein neutestamentliches Gottes- und Menschenverständnis. Danach sind Menschen gerechtfertigte Sünder. Sünder sind Menschen nicht erst dadurch, dass sie gegen geltende gesetzliche Regelungen verstoßen, sondern Sünder sind sie im biblischen Licht deshalb, weil Menschen sich stets gegenseitig etwas schuldig bleiben – ob sie wollen oder nicht. Nach Paulus sind *alle* Menschen stets – gewollt oder ungewollt – in Sünde verstrickt<sup>21</sup>. In diesem Sinne ist Sünde dem Menschen zur zweiten Natur geworden, der er aus eigener Kraft nicht zu entfliehen vermag.

<sup>18</sup> Aus einem Interview der Süddeutschen Zeitung mit der GRÜNEN/Bündnis 90 Politikerin Katrin Dagmar Göring-Eckardt, in der Ausgabe vom 07. Januar 2003; zitiert nach Wolfgang Belitz: Von der Rolle. In AMOS – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet. Nr. 1 / 2003, S. 4.

<sup>19</sup> Vergl. Anm. 15.

<sup>20</sup> Hayek, a.a.O., S. 61.

<sup>21</sup> Vergleiche dazu Kapitel 7, die Verse 14 - 25, im Brief des Paulus an die Römer: (14) Denn wir wissen, daß das Gesetz geistlich ist; ich aber bin fleischlich, unter die Sünde verkauft. (15) Denn ich weiß nicht, was ich tue. Denn ich tue nicht, was ich will; sondern was ich hasse, das tue ich. (16) Wenn ich aber das tue, was ich nicht will, so gebe ich zu, daß das Gesetz gut ist. (17) So tue nun nicht ich es, sondern die Sünde, die in mir wohnt. (18) Denn ich weiß, daß in mir, das heißt in meinem Fleisch, nichts Gutes wohnt. Wollen habe ich wohl, aber das Gute vollbringen kann ich nicht. (19) Denn das Gute, das ich will, tue ich nicht, sondern; sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich. (20) Wenn ich aber tue, was ich nicht will, so tue nicht ich es, sondern die Sünde, die in mir wohnt. (21) So finde ich nun das Gesetz, daß mir, der ich das Gute tun will, das Böse anhängt. (22) Denn ich habe Lust an Gottes Gesetz nach dem inwendigen Menschen. (23) Ich sehe aber ein anderes Gesetz in meinen Gliedern, das widerstreitet dem Gesetz in meinem Gemüt und hält mich gefangen im Gesetz der Sünde, das in meinen Gliedern ist. (24) Ich elender Mensch! Wer wird mich erlösen von diesem todverfallenen Leibe? (25) Dank sei Gott durch Jesus Christus, unsern Herrn! So diene ich nun mit dem Gemüt dem Gesetz Gottes, aber mit dem Fleisch dem Gesetz der Sünde. Quelle: Das Neue Testament. Nach der Übersetzung Martin Luthers. Revidierter Text 1984. Stuttgart 1984.



Das Sterben und die Auferstehung Jesu versteht das Neue Testament als stellvertretenden Akt der Sühne und der Versöhnung des sündig gewordenen Menschen mit Gott, mit sich selbst und der Welt. In diesem Sinne denkt neutestamentliche Theologie den Menschen als gerechtfertigt – als gerechtfertigten Sünder, der trotz Rechtfertigung zugleich noch der als im oben angedeuteten Sinne als sündig verstandenen Welt verhaftet bleibt.

Nach dem Verständnis neutestamentlicher Theologie sind alle Menschen gleichermaßen Sünder und somit gleichermaßen auf Rechtfertigung, auf Gottes Heil stiftende Handeln angewiesen. Aus dieser Gleichheit aller Menschen als Sünder vor Gott und vor einander und gleichermaßen Erlöste durch Gottes heilendes Handeln leitet sich ein christliches Verständnis der Gleichheit aller Menschen ab. Es ist ein Gleichheitsverständnis, das nicht Gleichförmigkeit als eine Karikatur von Gleichheit und erst recht nicht Gleichschaltung als ein brutales Instrument politischer Unterdrückung meint, sondern – ganz im Gegenteil – Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung eines jeden Menschen als Voraussetzung von Freiheit.

In die christliche Alltagspraxis übersetzt bedeutet dieses neutestamentliche Menschenverständnis: Wert und Würde eines jeden Menschen sind unverbrüchlich, da niemand sie sich selbst verdankt, Wert und Würde eines jeden Menschen sind unabhängig von seinem Tun und Lassen, sie sind als ihm im Akt der Versöhnung Gottes mit den Menschen von Gott zugesprochen verstanden. Was immer ein Mensch tut oder nicht tut – sein Menschsein kann ihm nicht abgesprochen werden, seine Würde ist unantastbar.

Das ein solches Menschenverständnis auf soziale Integration zielt und somit in Spannung steht zu dem auf Exklusion setzenden, das von Hayek zeichnet, liegt auf der Hand.

Auf dem skizzierten Hintergrund ist Seelsorge als eine Form christlichen Handelns zu verstehen, die Menschen, die in besonderen Nöten sind, nachgeht, um sie nicht sich selbst zu überlassen, um sie darin zu unterstützen, dass sie wieder Zutrauen zu sich selbst, in ihr Leben finden, dass sie wieder einen Weg zurück in die menschliche Gemeinschaft finden, wo sie sich durch ihr Handeln in Widerspruch zu dieser gebracht haben und dass sie ihrem Leben wieder einen Sinn zusprechen können. Darin wird Gottes heilendes Handeln sichtbar und erfahrbar.

Konkretes seelsorgerliches Handeln geschieht – das ist anders nicht denkbar – in einem geschützten, in einem vertrauten, vertraulichen und persönlichen Raum, aus dem nichts nach draußen dringt.

Aber dennoch ist Seelsorge nicht unpolitisch und kann und darf es auch nicht sein. Denn nicht jede Not, nicht jedes Leiden, mit dem ein Seelsorger bzw. eine Seelsorgerin konfrontiert wird, ist schicksalsgegeben, wie das Altwerden und der Tod und die damit verbunden körperlichen und seelischen Leiden.

Manches Leiden ist durch veränderte politische Weichenstellungen zu überwinden oder von vornherein vermeidbar oder durch falsche politische Weichenstellungen erst erzeugt worden. Eben diese Leiden sind nicht schicksalsgegeben, sie sind politisch-struktureller Natur. Somit ist ihre Ursache zumindest politisch *beeinflussbar*, mitunter auch politisch behebbar.

Das sind gegenwärtig vor allem menschliche Nöte, die aus Verschuldung, Armut und Arbeitslosigkeit resultieren. Nöte, die auf längere Sicht auch Auswirkungen auf die Deliktanfälligkeit von Menschen haben.

Eine politisch bewusste und reflektierte Seelsorge muss sich angesichts dessen fragen und fragt sich dass auch, welche Rolle sie in der Gesellschaft wahrnimmt: Leistet sie ausschließlich Erste Hilfe, bearbeitet sie nur Symptome, oder nimmt sie dort, wo es der Fall ist, auch politische Ursachen für Not und Leiden

wahr, benennt sie und drängt auf eine Bearbeitung dieser Ursachen?

Seelsorge, die sich den Opfern des gesellschaftlichen Fortschritts – mit den Worten von Hayek gesprochen – zuwendet muss sich der Frage stellen, ob sie die neoliberale Einschätzung teilt, dass die Opfer als dem Fortschritt geschuldet zu akzeptieren und hinzunehmen sind, oder nicht. Bisher haben beide großen Kirchen – nachzulesen ist das im gemeinsamen Sozialwort – diese neoliberale Sichtweise nicht geteilt, sondern sie haben sich für eine solidarischere und sozial gerechtere Politik eingesetzt. Sie haben damit deutlich gemacht, dass sie einer Exklusionspolitik zugunsten einer sozial integrativen Politik den Vorzug geben. Die Kirchen nennen das im gemeinsamen Sozialwort "Option für die Armen"<sup>22</sup>.

Eine sozial integrative Politik hat seit den 1970er Jahren den Strafvollzug geprägt. Nicht mehr Rache, nicht mehr Abschreckung, nicht mehr Wegsperrern, sondern Resozialisation, das heißt eine Reintegration von Straftätern in die Gesellschaft (bis hin zur Tätertherapie in der forensischen Psychiatrie), ist seit dem das primäre Ziel des Strafvollzugs. Ein Ziel, das eine deutliche Affinität zu dem oben skizzierten neotestamentlichen Menschenbild aufweist. In ein Strafvollzugskonzept, in dem Resozialisation das primäre Ziel darstellt, kann sich eine Seelsorge mit dem oben umrissenen Selbstverständnis gut und unterstützend einbringen.

Ob eine auf Exklusion aufbauende Gesellschaft, wie von Hayek sie propagiert, kompatibel ist mit einem auf sozialer Reintegration zielenden Strafvollzug, ist zumindest anzweifelbar. Neben der systematischen Divergenz beider Ansätze sind ein sich veränderndes staatliches Verantwortungsbewusstsein und die neoliberale Kostensenkungslogik gute Gründe für diese Zweifel.

In einem solchermaßen veränderten Kontext stellt sich dann die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle und infolge auch die nach dem Selbstverständnis von Seelsorge neu.

Nicht Exklusion, sondern Integration ist die Grundmelodie seelsorgerlichen Handelns. Und genau in diesem Punkt sehe ich Seelsorge in Spannung zur neoliberalen (Wirtschafts)Politik..

Versorgt Seelsorge – sozusagen als Dienstleister im Auftrag des staatlichen Herrschaftsapparats – nur die Ausgeschlossenen, die Opfer des Fortschritts, und trägt so durch deren "Pazifizierung" zu einem reibungslosen Funktionieren einer neoliberal konstruierten Gesellschaft bei — oder engagiert Seelsorge sich – durchaus parteilich – für deren soziale Reintegration und stärkt und begleitet sie auf dem Weg dorthin, als Ausdruck des Engagements für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft?

<sup>22</sup> Vergl.: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. 3.3.2 Vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten (RN 105 - 107).